

Ergebnisbericht zur  
**American Local Legislator Survey**

31.03.2026

Teil des von der Deutschen Forschungsgesellschaft geförderten Projektes:  
**“Conceptions of Democracy among Political Elites and Citizens”**

Prof. Dr. Claudia Landwehr  
Leonard Häfner, M.A.  
Lea Stallbaum, M.A.

Prof. Melody Crowder-Meyer

Johannes Gutenberg-Universität Mainz  
Institut für Politikwissenschaft  
55099 Mainz  
[legislatorsurvey@uni-mainz.de](mailto:legislatorsurvey@uni-mainz.de)

Davidson College  
Department of Political Science  
Box 7134, Davidson, NC 28035  
[legislatorsurvey@davidson.edu](mailto:legislatorsurvey@davidson.edu)

## Einleitung

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse einer Befragung zusammen, die Teil des von der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) geförderten Projektes „Demokratiekonzeptionen von politischen Eliten und Bürgerinnen und Bürgern“ ist. Das Projekt hatte zunächst das Ziel, Einstellungen zu und Vorstellungen von der Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen Seite und den Abgeordneten auf Landes- bzw. *state* Ebene (in Deutschland auch Bundesebene) auf der anderen Seite zu vergleichen. In zwei weiteren Befragungen wurden nun auch die Einstellungen von deutschen sowie US-amerikanischen Kommunalpolitikern erhoben. Die Ergebnisse letzterer Befragung werden hier zusammengefasst.

## Methodisches Vorgehen und Repräsentativität der Stichprobe

Die Grundgesamtheit der Befragung bildeten die Mitglieder der *legislative bodies* aller US-amerikanischen *counties*. Zum Zeitpunkt der Befragung gab es 3.144 *counties* und *county equivalents*<sup>1</sup> in den 50 Staaten sowie dem District of Columbia, wovon allerdings einige kein *county government* aufwiesen<sup>2</sup>. Es blieben 3.102 *counties* und *county equivalents*, in denen es laut auf einer Erhebung der National Association of Counties (NACo) 18.891 *legislators* gab. Auf dieser Grundlage wurde eine Stichprobe von 696 *counties* und *county equivalents* mit einer erwarteten Anzahl von 4.000 *local legislators*<sup>3</sup> gezogen, wobei auf die Ausgewogenheit der Staaten sowie der Siedlungsstruktur der Gebiete geachtet wurde. Beim Zusammentragen der Kontaktdaten stellte sich heraus, dass sich die Größe der *legislative bodies* in einigen *counties* in der Zwischenzeit verändert hatte, was zu einer Stichprobe von 3.952 *local legislators* führte, von denen wiederum 51 weder per E-Mail noch postalisch erreichbar waren. Die verbleibenden 3.901

---

<sup>1</sup> Als *county equivalent* werden beispielsweise *boroughs* (Alaska), *parishes* (Louisiana) oder *independent cities* bezeichnet.

<sup>2</sup> Vor allem in *New England* erfüllen viele *counties* keine Regierungs- oder Verwaltungsfunktionen mehr, sondern dienen nur noch als geographische Untergliederung. Dies betrifft Connecticut und Rhode Island vollständig sowie große Teile von Massachusetts. Ebenfalls ausgelassen wurden die *independent cities* in Virginia, da die NACo diese ebenfalls als „county with no county government“ führt.

<sup>3</sup> Ähnlich wie bei der Bezeichnung der *counties* variiert auch die Bezeichnung der Mandatsträger stark. Am häufigsten findet sich die Bezeichnung *county commissioner*. Ebenso gibt es aber auch *supervisors*, *assembly members*, *justices of the peace*, *board members*, *police jurors*, *magistrates*, *councilmembers*, *county legislators* oder *assistant judges*. *Local legislators* wird hier als Überbegriff für alle diese Gruppen verwendet.

*local legislators* wurden erstmals im Oktober per Brief oder E-Mail zur Teilnahme an der Online-Befragung eingeladen und über die folgenden Monate mehrfach per E-Mail oder Postkarte erinnert, bis die Befragung am 16. Januar 2026 schließlich geschlossen wurde.

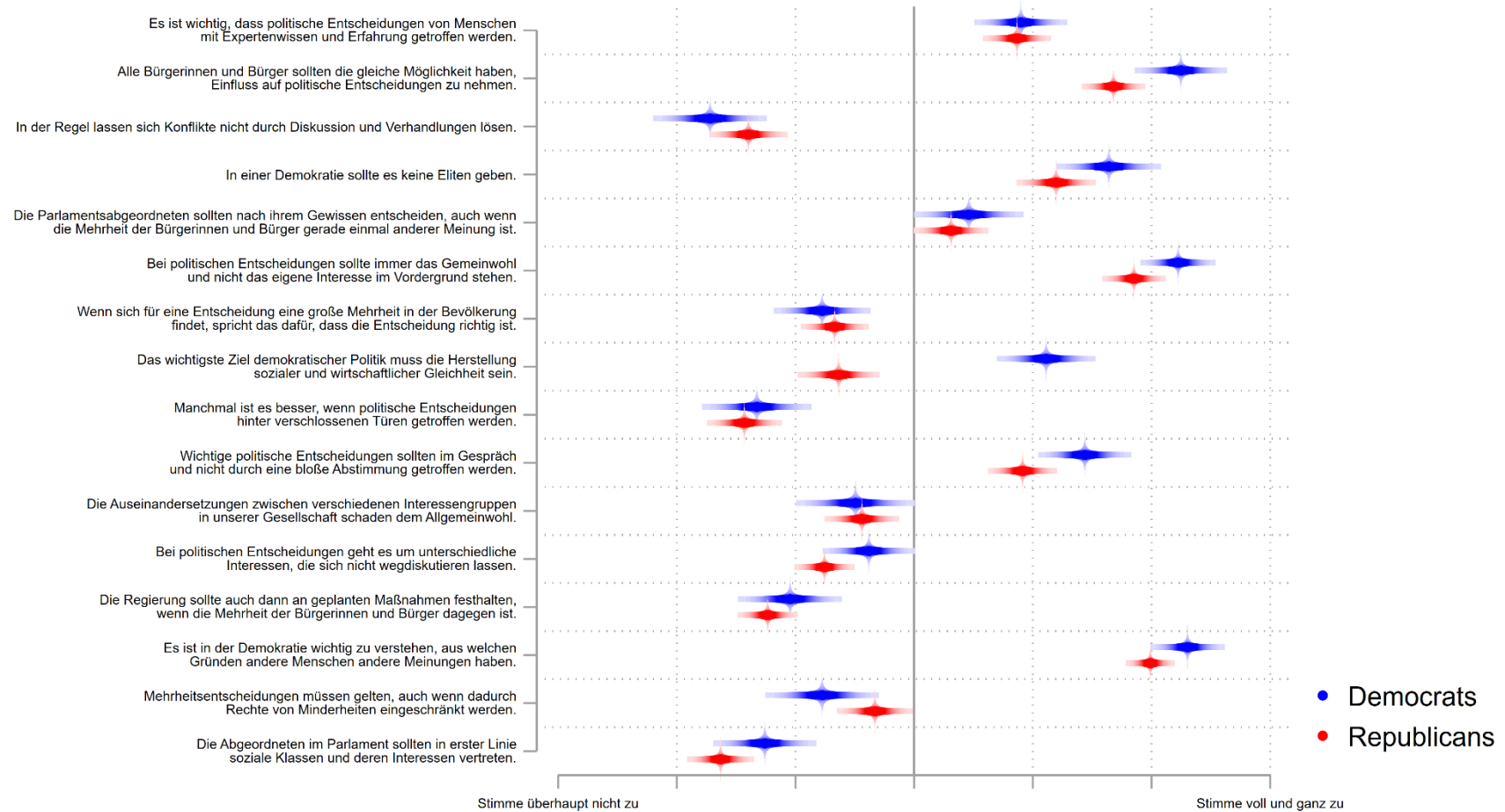
Insgesamt folgten 378 *local legislators* dem Aufruf zur Teilnahme an der Umfrage. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 9,7%. 26 Teilnehmer brachen die Befragung bereits während der einleitenden Fragen ab. Dies führt zu einer finalen Stichprobe von 352 *local legislators*. Zur Repräsentativität der Stichprobe ist wenig zu sagen, da kaum Daten zur Grundgesamtheit vorliegen. Lediglich die regionale Verteilung kann etwas Aufschluss bieten. Schaut man auf die Staatenebene, zeigen sich klare Verzerrungen. Die Rücklaufquote variiert zwischen 0% (New Jersey und Vermont) und 36,4% (Maine). Aggregiert man diese auf die Regionalebene nach der Definition des *Census Bureau*, fallen die Unterschiede allerdings deutlich kleiner aus, mit einem Minimalwert von 7,5% (South) und einem Maximalwert von 14,2% (West) Rücklaufquote. Insgesamt ist bei dieser Regionalverteilung davon auszugehen, dass sie durch die unterschiedliche Dominanz der Parteien in den Regionen getrieben wird. Man kann annehmen, dass Republikaner in unserer Stichprobe trotz ihres Anteils von 63% noch immer unterrepräsentiert sind, während Demokratien mit 26% vermutlich etwas überrepräsentiert sind.

Tabelle 1 zeigt einen Überblick über weitere soziodemographische Angaben der Befragten, die wir aufgrund fehlender Daten nicht mit der Grundgesamtheit vergleichen können. Sie können uns zumindest Hinweise darauf geben, wie die Verteilung in der Grundgesamtheit aussehen könnte. Die *local legislators* in unserer Stichprobe sind größtenteils zwischen 55 und 74 Jahre alt und männlich. Nur 7% haben gar kein College besucht und ebenfalls nur 7% sind nicht weiß. *Local legislators* in unserer Stichprobe sind damit im Schnitt deutlich älter, gebildeter, männlicher und weißer als die Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Ähnliches lässt sich für die Grundgesamtheit vermuten.

Tabelle 1: Weitere soziodemographische Items.

Merkmal	Ausprägung		
Alter	Bis 34	7	2,0%
	35-44	23	6,6%
	45-54	51	14,7%
	55-64	109	31,4%
	65-74	115	33,1%
	Über 74	42	12,1%
	Summe	347	
Geschlecht	Männlich	250	72,3%
	Nicht männlich	96	27,7%
	Summe	347	
Bildung	High school or less	21	7,4%
	Some college	59	20,8%
	College degree	132	46,5%
	Post-graduate degree	72	25,4%
	Summe	284	
Ethnie	Weiß	262	92,6%
	Nicht-weiß	21	7,4%
	Summe	283	

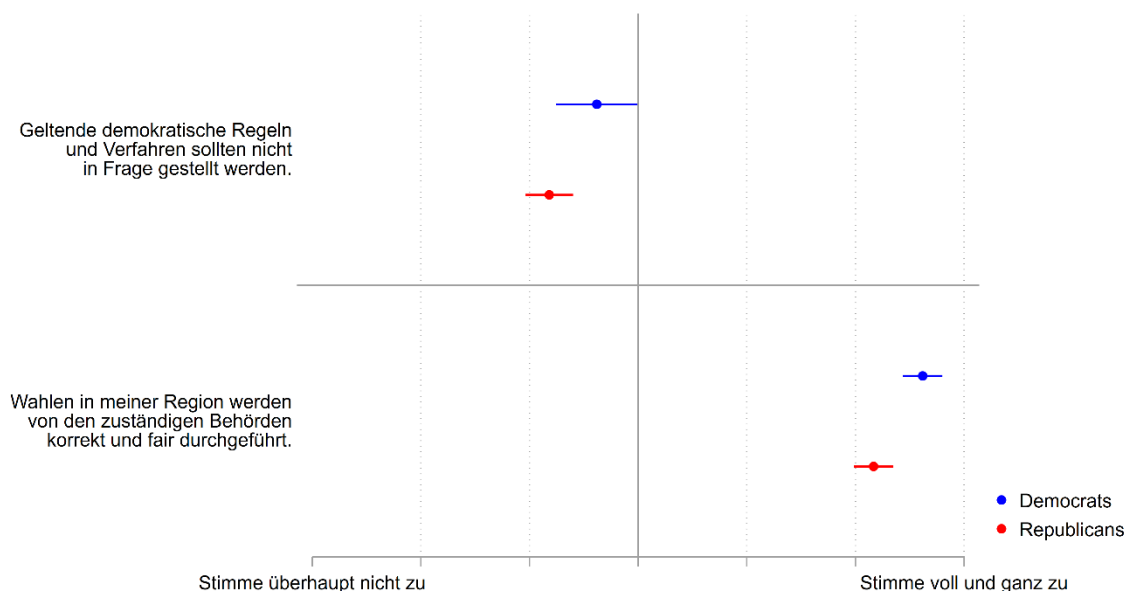
Abbildung 1: Durchschnittliche Zustimmung zu den 16 Demokratiekonzeptionen-Items.



## Deskriptive Ergebnisse

Der inhaltliche Kern der Befragung waren 16 Aussagen darüber, was eine Demokratie ausmacht und wie in einer Demokratie Entscheidungen getroffen werden sollten, wobei die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer siebenstufigen Skala ausdrücken sollten. Abbildung 1 bildet die durchschnittliche Zustimmung der Befragten zu allen 16 Aussagen ab. Hierbei zeigt sich insgesamt ein ähnliches Muster wie in der deutschen Kommunalpolitikerbefragung. Vor allem gleiche Einflussmöglichkeiten aller Bürger, die Gemeinwohlorientierung bei politischen Entscheidungen sowie das Nachvollziehen anderer Meinungen – also vor allem deliberative Prinzipien – erfahren sehr hohe Zustimmung der Befragten. Besonders unpopulär sind hingegen, ähnlich wie in Deutschland, die Thesen, dass sich Konflikte nicht durch Verhandlungen lösen ließen und dass Abgeordnete in erster Linie soziale Klassen verträten. Darüber hinaus stoßen bei den US-amerikanischen Befragten allerdings auch Entscheidungen hinter verschlossenen Türen auf klare Ablehnung. Interessant ist, dass für die meisten der 16 Items keine nennenswerten Unterschiede zwischen Demokraten und Republikanern festzustellen sind. Dies gilt nicht nur für die Aussagen mit besonders hoher oder niedriger Zustimmung, sondern auch für die mit mittleren Zustimmungswerten. Die einzige Aussage, die deutliche Meinungsunterschiede zwischen den Parteien zeigt, ist, dass soziale und wirtschaftliche Gleichheit das wichtigste Ziel in einer Demokratie sei.

Abbildung 2: Durchschnittliche Zustimmung zu Aussagen zum Stand der Demokratie nach Partei.



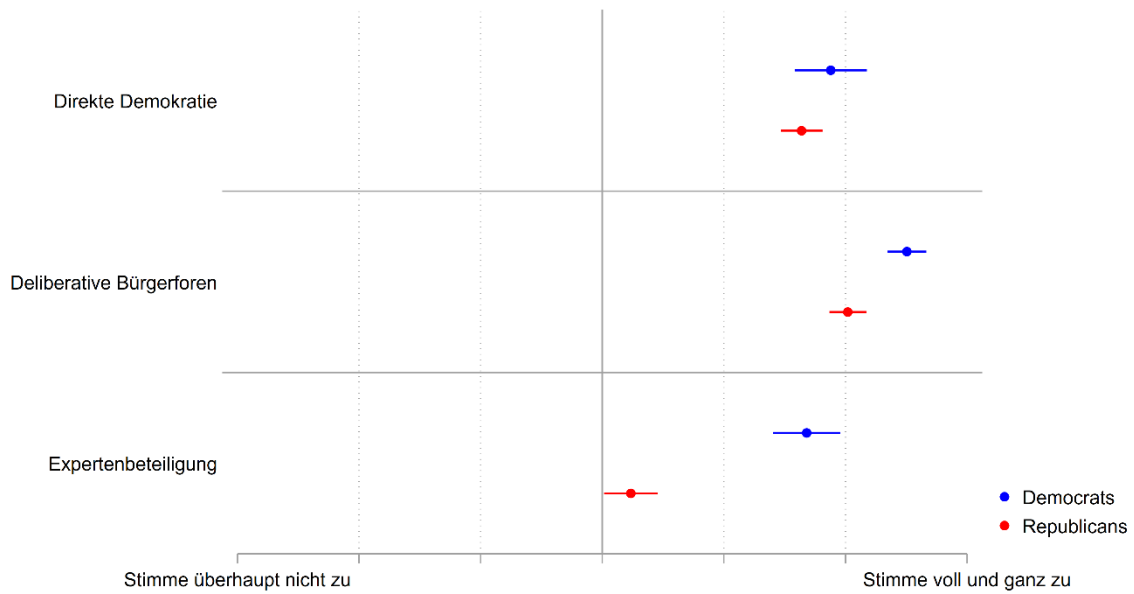
Neben dieser Aussagen zu Vorstellungen von Demokratie wurden die *local legislators* auch zu ihren Bewertungen und Erfahrungen mit der Umsetzung der Demokratie befragt. Wie Abbildung 2 zeigt, sind die amerikanischen Befragten eher skeptisch gegenüber den geltenden demokratischen Regeln und Verfahren, wobei auch hier kein signifikanter Parteiunterschied vorliegt. Gleichzeitig sind Befragte aus beiden Parteien sehr überzeugt von der Integrität von Wahlen in ihren Regionen, wobei die Zustimmung unter Demokraten nochmal höher ist als unter Republikanern.

Des Weiteren wurden die Kommunalpolitiker befragt, wie sehr sie darauf vertrauen können, dass Politiker der anderen Parteien das Richtige für das Land tun. Auf einer Skala von 1 bis 7 wurde unter allen Befragten ein Mittelwert von 3,67 gemessen, was überraschenderweise nur geringfügig unter dem deutschen Mittelwert liegt. Zwischen den beiden Parteien liegt hingegen erneut kaum ein Unterschied.

Außerdem wurden die Befragten um ihre Einschätzung gebeten, ob die eigene Meinung, die Meinung der Wählerinnen und Wähler oder die Meinung ihrer jeweiligen Partei für das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten entscheidend sein sollte, falls diese Standpunkte im Konflikt miteinander stehen. Erneut gleichen sich die Antworten von Demokraten und Republikanern sehr stark. Während etwa 60% der Befragten die Meinung der Wählerinnen und Wähler am wichtigsten finden, sehen etwa 35% die eigene Meinung als maßgeblich an. Nur ein verschwindend geringer Anteil sieht die Parteimeinung als wichtig, was den Ergebnissen aus der Befragung der Abgeordneten auf *state* Ebene entspricht und die schwache Position der Parteien im US-amerikanischen politischen System unterstreicht.

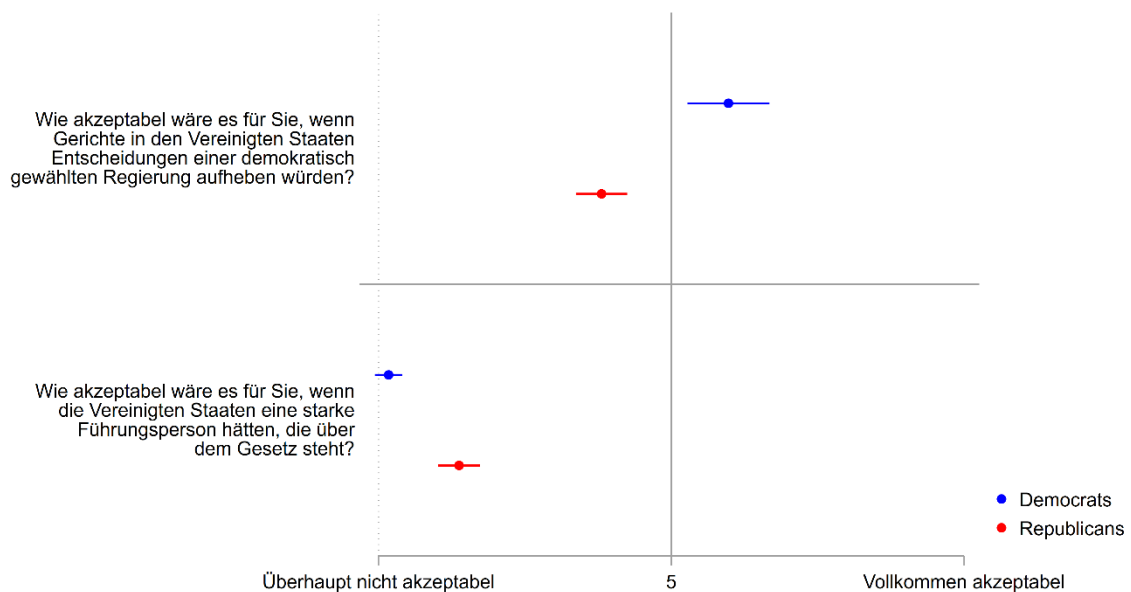
Die *local legislators* wurden auch nach ihren Präferenzen bezüglich verschiedener prozeduraler Alternativen zu rein parlamentarischen Entscheidungen befragt. Dies umfasste die Stärkung der direkten Demokratie durch Referenden, die Einführung deliberativer Bürgerforen sowie die Einbeziehung von Expertinnen und Experten in politische Entscheidungen. In Abbildung 3 sind die Präferenzen der *local legislators* nach Parteien dargestellt. Insgesamt zeigt sich, dass Demokraten tendenziell etwas offener für demokratische Innovationen sind. Ein deutlicher Unterschied zwischen den Parteien zeigt sich allerdings nur bei Expertenbeteiligung, welche bei Republikanern auf deutlich mehr Skepsis trifft als die anderen beiden Vorschläge.

Abbildung 3: Durchschnittliche Unterstützung für demokratische Reformen nach Partei.



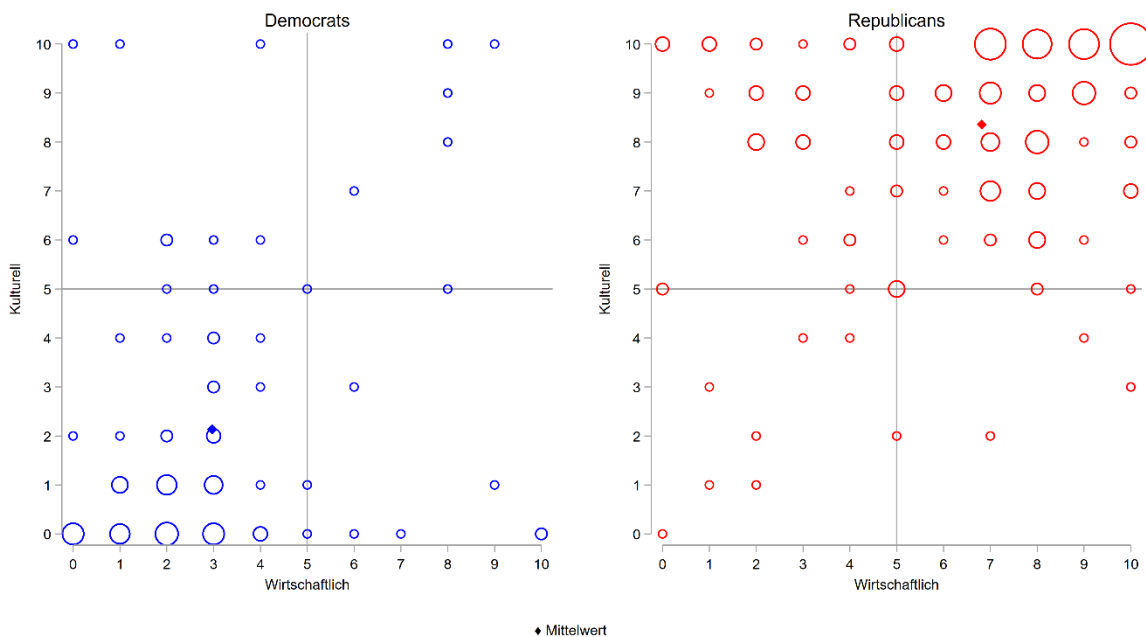
Neu in unserer Befragung waren zwei Aussagen zum Rechtsstaat, bei denen die Befragten angeben sollten, wie akzeptabel sie es einerseits fänden, wenn Gerichte Entscheidungen einer demokratisch gewählten Regierung stoppten, oder andererseits, wenn das Land eine starke Führungsperson über dem Gesetz hätte. Wie Abbildung 5 zeigt, treten hier signifikante Unterschiede auf. Demokraten finden richterliche Interventionen tendenziell akzeptabel, während Republikaner diese tendenziell ablehnen. Beide Parteien lehnen eine starke Führungsperson ab, aber unter Republikanern fällt diese Ablehnung signifikant schwächer aus.

Abbildung 4: Durchschnittliche Zustimmung zu Aussagen zum Rechtsstaat.



Schließlich wurden die *local legislators* gebeten, ihre eigenen Haltungen im zweidimensionalen Politikraum, das heißt auf einer wirtschaftspolitischen und einer kulturellen bzw. gesellschaftspolitischen 11-Stufen-Skala einzuordnen. Für die wirtschaftspolitische Links-Rechts-Skala wurde eine aktive, umverteilende Rolle der Politik einer Politik, die möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift, gegenübergestellt. Für die gesellschaftspolitische Skala hatten Befragte die Wahl zwischen einer Politik der Diversität und persönlicher Freiheiten oder einer Politik der Ordnung und der traditionellen Werte. Hier tun sich wie zu erwarten die deutlichsten Unterschiede zwischen den beiden Parteien auf. Während Demokraten sich größtenteils im links-liberalen Quadranten verorten, positionieren Republikaner sich hauptsächlich im rechts-autoritären Quadranten. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass es in beiden Parteien auch Befragte gibt, die weit in die anderen Quadranten des zweidimensionalen Raums streuen. Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass anders als in Deutschland weniger der links-autoritäre Quadrant, sondern vielmehr der rechts-liberale Quadrant verwaist scheint.

Abbildung 5: Politische Selbsteinordnung der Befragten nach Partei.



Falls Sie sich für weiterführende oder vergangenen Publikationen aus unserem Projekt interessieren oder die Ergebnisberichte zu den vorangegangenen Befragungen von US-amerikanischen *state legislators*, von deutschen Kommunalpolitikern oder von Landtags- und Bundestagsabgeordneten lesen möchten, besuchen Sie gerne unsere Projekt-Website: <https://theorie.politik.uni-mainz.de/forschung/conceptions-of-democracy/>.